

**Niederschrift über die Sitzung des  
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 22. Juni 2010**  
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann, Hug, Dr. Ketterer, Metzger, (CDU)  
Wersch

Kaufmann, Möhrle (bis 17:36 Uhr), R. Ulrich, Völker (SPD)

Brischke (ab 14:45 Uhr bis 18:00 Uhr), Haußmann, (FDP-FW)  
Lenk (bis 16:50 Uhr)

Jasper, Ostfalk (bis 18:00 Uhr) (Freie Wähler)

Besa, Fauth-Rank (GRÜNE)

Das stv. Ausschussmitglied: Schaal (CDU)

Elser (ab 14:35 Uhr) (SPD)

Abramzik (bis 17:14 Uhr) (FDP-FW)

Dannenmann, Kern (Freie Wähler)

Ferner:

Erster Landesbeamter Friedrich

Kreiskämmerer Geißler

Dezernent Bauer

Dr. Vogt, GB Schulen, Bildung, Kultur (Top 1 u. 2)

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft (Top 4)

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken (Top 3 u. 5)

Schulamtsdirektor Fackler, Staatliches Schulamt (Top 2)

Backnang

Weitere Mitarbeiter

Presse

Schulleiterinnen und Schulleiter

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der nichtöffentlich Sitzung: 13:30 Uhr

Ênde der nichtöffentlichen Sitzung: 14:32 Uhr

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:35 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:12 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17:14 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18:25 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Landrat Fuchs die Teilnehmer der Sitzung, sich zum Gedenken an den ehemaligen Kreisrat, Herrn Bürgermeister a. D. Willy Ehnis, der am 21. März 2010 verstorben sei, zu erheben. Landrat Fuchs würdigt die Verdienste und das beispielhafte ehrenamtliche Engagement von Herrn Ehnis, der von 1959 – 1999 Mitglied des Kreistags gewesen sei. Man nehme Abschied von einem herausragenden Kommunalpolitiker.

## § 1

### Schulbericht zu den Schulen des Rems-Murr-Kreises (Drucksachen 11/2010 und 11a/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 11/2010 und den zugehörigen Schulbericht.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Schulstruktur sowie die Veränderungen bei der Entwicklung der Schülerzahlen sowie der Schularten und Berufsgruppen. Die zugehörige Präsentation ist dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt. Mit rd. 11.000 Schülern habe sich die Schülerzahl in der Höhe bewegt, wie im Schuljahr 2008/2009. Nachdem diese innerhalb der letzten 14 Jahre um 1/3 zugenommen habe, werde sie aufgrund der demografischen Entwicklung, in Zukunft wohl zurückgehen. Die Entwicklung in den einzelnen Schularten sei sehr unterschiedlich. So habe z.B. bei den Berufsfachschulen und –kollegs für Sozial- und Pflegeberufe eine Zunahme um 102 % sowie bei den Berufliche Gymnasien um 40 % gegeben, während bei den einjährigen Berufsfachschulen, ein Rückgang um 31 % und bei der Berufsfachschule für Büro und Handel um 64 % zu verzeichnen sei. Außerdem berichtet Herr Dr. Vogt über die Auswirkungen auf die Beruflichen Schulen durch die künftigen Werkrealschulen. So würden die Schüler der 10. Klasse an 2 Tagen in der Woche die Berufsfachschule in einem von 10 Berufsprofilen besuchen. Ferner stellt er neue Schularten, wie das duale Berufskolleg für Kfz-Mechatroniker und das Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Schüler ohne Hauptschulabschluss, vor. Des weiteren berichtet er über die Sicherheitsmaßnahmen, die infolge des Amoklaufs in Winnenden eingeführt werden, vor.

Der Geschäftsführende Schulleiter der beruflichen Schulen, Oberstudiendirektor Kluge, erläutert die Veränderungen bei den jeweiligen Schularten anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigefügt ist. Er weist darauf hin, dass die Abnahme im Teilzeitbereich nicht so stark sei, wie befürchtet. Es habe jedoch ein Rückgang bei den Ausbildungsplätzen von 15 bis 20 % hingenommen werden müssen. Auch im Jahr 2010 werde nochmals mit einem Rückgang gerechnet.

Oberstudiendirektor Kluge betont, dass die Berufskolleg II-Klasse im gewerblichen Bereich in Waiblingen nur eingerichtet werde, wenn Schorndorf voll ausgelastet sei. Die Übergänge vom achtjährigen Gymnasium (G 8) auf die Beruflichen Gymnasien sei nicht so stark ausgefallen wie angenommen. Allerdings hätten diese ebenso wie die Berufskollegs nicht alle Schüler mit Mittlerer Reife aufnehmen können, sodass diese auf die wachsende Anzahl von Privatschulen ausweichen würden.

Sonderschulrektor Rathgeb, Christian-Morgenstern-Schule, Waiblingen, erläutert die Veränderung im Sonderschulbereich. Vor dem Hintergrund eines künftigen inklusiven Bildungssystems müssten sich die Sonderschulen die Frage nach ihrem Fortbestand gefallen lassen. Die Inklusion beinhalte, dass künftig allgemeinbildende Schulen Vorrang haben sollen und dass die Sonderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren weiterentwickelt werden sollen. Dabei hätten die Eltern ein fundiertes Entscheidungsrecht bezüglich des Lernortes auf der Basis gemeinsam entwickelter Alternativen (Bildungswegekonferenz) bei Vorliegen eines Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Unterstützungs- und Bildungsangebot. Die Sprachheilschule sei als Durchgangsschule konzipiert, so würden nach 2 Klassenstufen jeweils 25 bis 30 % der Schüler in den Regel-schulbetrieb zurückgeführt. Sonderschulrektor Rathgeb stellt des weiteren das Bildungsangebot der Christian-Morgenstern-Schule vor und weist auf dortigen, unbefriedigenden Pausenhof-Flächen hin.

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion eine Anfrage zum inklusiven Bildungssystem gestellt habe. Die Antwort hierauf werde er den Fraktionen zukommen lassen. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen habe beantragt, ein Schulentwicklungsgutachten in Auftrag zu geben. Nachdem dies die allgemeinbildenden Schulen betreffe, werde man das Anliegen an das Staatliche Schulamt sowie die Kommunen als Schulträger weitervermitteln. Aufgrund der anstehenden Einführung der Werkrealschulen, werde er jedoch den Leiter des staatlichen Schulamtes zu einem Bericht in den Ausschuss einladen. Noch offen sei, wie sich die Werkrealschule auf die Schülerbeförderung auswirken werde und wie umfangreich die Berufsfachschule durch die Schüler des 10. Schuljahr, durch zusätzliche pädagogische Anforderungen, in Anspruch genommen werden.

Kreisrat Hestler bedankt sich namens der SPD-Fraktion für den Bericht, verbunden mit dem positiven Eindruck der Ausbildungsmesse Fokus Beruf. Ihm sei aufgefallen, dass die Stellen für die Schulsozialarbeit noch nicht ausgeschrieben worden seien und eine Besetzung als Jugendsozialarbeiter erfolgen solle. Zudem interessiere ihn, ob sich die Werkrealschule auf die Projekte zwischen den Hauptschulen und den Beruflichen Schulen auswirken. Er sei erstaunt über die Bewerberlage an den Beruflichen Gymnasien, zumal er mehr G 8-Schüler erwartet habe, die wechseln würden. Ferner bitte er um Auskunft über die derzeitige Lehrerversorgung.

Kreisrat Lenk erklärt, je länger Prognosen in die Zukunft gerichtet seien, desto ungenauer würden diese. Offen sei, wie sich die Werkrealschulen entwickeln würden. Er gehe außerdem davon aus, dass die Beruflichen Gymnasien weiter stark frequentiert würden und sich der Trend verstärken werde, nach dem Abitur zunächst einen Beruf zu erlernen. Die rückläufigen Schülerzahlen sehe er auch als Chance, um die großen Klassenstärken zu reduzieren, da moderner Unterricht Gruppenarbeit bedeute, was nur mit kleineren Klassen möglich sei. Den Schulentwicklungsplan sehe er ebenfalls als Möglichkeit, sich gegenüber der wachsenden Zahl von Privatschulen zu positionieren. Die Einführung der Werkrealschulen sehe er grundsätzlich positiv, da es mehr Möglichkeiten für Berufskontakte gebe. Bei der Unterrichtsversorgung habe sich Landrat Fuchs zwar um Verbesserungen bemüht, trotzdem würden noch viele Pflichtstunden ausfallen, weshalb er weiter um Unterstützung bitte.

Kreisrat Hug erklärt, unabhängig von den Prognosen, könne die Entwicklung auch anders verlaufen. Der Bericht helfe, in der Öffentlichkeit den besonderen Stellenwert des Berufs- und Sonderschulwesens zu vermitteln. Er sei gespannt, wie sich die Werkrealschulen auf die Beruflichen Schulen auswirken würden. Das von den GRÜNEN beantragte Gutachten halte er jedoch nicht für erforderlich. Er bitte außerdem noch um Auskunft über den Zeitplan des Schulentwicklungsplans.

Kreisrätin Fauth-Rank erklärt, der Bericht mache die Vielzahl von Angeboten an den Beruflichen Schulen transparent. Durch den Rückgang an den Sonderschulen, könnten freiwerdende Kapazitäten künftig für Projekte mit den Regelschulen genutzt werden. Im Bericht habe sie einen Hinweis auf die Schul-Bibliotheken vermisst. Sie bitte um Auskunft, wann die Schulsozialarbeiterstellen besetzt würden. Sie erläutere den Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Beauftragung eines Schulentwicklungsgutachtens und hebt hervor, es gehe nicht nur ausschließlich um die Werkrealschulen. Vielmehr gebe es verschiedene Entwicklungen, wie z. B. die Veränderungen durch die Schließung kleinerer Hauptschulen. Ziel des Gutachtens sei es, verschiedene Szenarien zu entwickeln und einen Gesamttrend aufzuzeigen. Auswirkungen werde es auch auf die Schülerbeförderung geben.

Kreisrat Hesky merkt an, wenn die Werkrealschulen künftig direkt mit den Berufsfachschulen wegen der Fächerprofile verhandeln würden, sollen auch die Eltern miteinbezogen werden. Nach seiner Meinung seien die Förderschulen auch künftig notwendig.

Kreisrat Dr. Ketterer fragt nach den Gründen für den Rückgang bei den Handelsberufen.

Kreisrat Kaufmann erklärt, nachdem die Bildungsangebote neu überdacht werden müssten, bezweifle er, dass ein Schulentwicklungsgutachten, welches auf der derzeitigen Struktur basiere, aussagekräftig sei.

Landrat Fuchs nimmt zu den vorstehenden Redebeiträgen Stellung und betont nochmals, dass die Beauftragung eines Schulentwicklungsgutachtens, Aufgabe des staatlichen Schulamtes und der Schulträger wäre. Er biete Kreisrätin Fauth-Rank an, ein Gespräch mit Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt über die Thematik zu führen und ihr das Gutachten zum Schulentwicklungsplan von Herrn Krämer-Mandau zur Verfügung zu stellen. Der Fahrplan für den Schulentwicklungsplan sehe vor, dass nach Vorberatung in der Projekt-AG mit den Kammern sowie im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss am 21.06.2010, im Falle einer Einigung, eine Verabschiedung in der Sitzung des Kreistags am 12.07.2010 erfolgen könne.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt weist ergänzend darauf hin, dass die Projekte mit den Hauptschulen weitergeführt werden sollen. Die Besetzung der Schulsozialarbeiterstellen habe sich wegen der Haushaltskürzungen und den Tarifverhandlungen verzögert. Aufgrund der hohen Nachfrage könne es schwierig werden, gute Bewerber zu finden. Außerdem wolle man versuchen, die Jugendberufshilfe in die Schulsozialarbeit zu überführen. Er bestätigt nochmals, dass die Bewerberzahlen an den Beruflichen Gymnasien nicht so stark wie prognostiziert angezogen hätten. Hinsichtlich der Lehrerversorgung gebe es einige Bereiche, in denen Kapazitäten vorhanden seien. Diese würden für neue Projekte eingesetzt. Bei den Handelsberufen habe es zum Teil Verlagerungen gegeben. Alle Werkrealschüler würden einen Platz an den Berufsfachschulen erhalten.

Kreisrat Ulrich berichtet noch, dass er einen Hinweis der Schorndorfer Türkischen Gemeinde habe, nachdem es Schwierigkeiten mit BVJ-Plätzen gebe.

Landrat Fuchs bittet darum, sich zur Klärung mit Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt oder Oberstudieninspektor Kluge in Verbindung in Verbindung zu setzen.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht zu den Beruflichen Schulen und zu den Sonderschulen des Rems-Murr-Kreises zur Kenntnis.



Auszüge:

2 GB Schulen, Bildung, Kultur

## § 2

### Beteiligung am Schulfruchtprogramm: Antrag Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 12/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 12/2010 und erläutert diese einleitend. Er weist darauf hin, dass der Antrag nur für die Schulen in der Trägerschaft des Rems-Murr-Kreises gelten könne. Die Motivation des Programms sei, den Schülern, neben gesunder Ernährung, auch eine regionale Verbundenheit näher zu bringen. Zunächst werde ein Probelauf über ein halbes Jahr vorgeschlagen. Dabei solle sich zeigen, ob sich der Aufwand und der gewünschte Effekt im Gleichgewicht halten würden bzw. ob dies eine primäre Aufgabe der Schule sei.

Kreisrat Hesky berichtet, dass der Städtetag empfohlen habe, sich nicht am Schulfruchtprogramm zu beteiligen, nur weil die Landesstiftung Mittel zur Verfügung gestellt habe. Deshalb wolle er beantragen, dass der Rems-Murr-Kreis ebenfalls auf eine Teilnahme verzichtet.

Kreisrat Lenk vertritt die Auffassung, dass das Schulfruchtprogramm über die Verantwortung des Kreises als Schulträger hinausgehe. Die Schüler seien bereits dafür sensibilisiert, wie sich gesunde Ernährung zusammensetze. Seine Fraktion halte daher nichts davon, an dem Programm mitzumachen, nur weil es Projektmittel gebe.

Kreisrat Hug erklärt, über den Sinn des Programms könne zwar diskutiert werden, trotzdem halte er es für sinnvoll, sich damit auseinander zu setzen. Daher halte er den Vorschlag der Verwaltung, zunächst einen Versuch zu durchzuführen, für vernünftig. Prinzipiell müsse jede Kommune selbst entscheiden, ob sie sich im Interesse einer gesunden Ernährung der Schulkinder beteiligen wolle. Weitere Ansatzpunkte seien die Förderung des Obstanbaus und der Kindergesundheitsbericht mit dem Themenbereich Übergewicht. Er bitte daher den Beschlussvorschlag wie nachstehend dargestellt zu ergänzen.

Kreisrätin Fauth-Rank bedankt sich namens der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, dass der Antrag aufgegriffen und die Verwaltung schon aktiv geworden sei. Man sei überzeugt, dass mit flankierenden Maßnahmen, die Attraktivität gesunder Ernährung gesteigert werden könne. Dem Probelauf werde daher zugestimmt.

Kreisrat Hestler befürchtet einen großen bürokratischen Aufwand, auch wenn die Grundidee mit der Zielgruppe Grundschüler gut sei. Er bitte zu beachten, dass es sich hier jedoch um Sonderschüler

handle, die intensiv betreut würden.

Landwirtschaftsdirektor Enssle entgegnet, nach seinen Erkenntnissen entstehe kein besonderer bürokratischer Aufwand, da sich die Landwirte nur registrieren lassen müssten. Die Landkreisverwaltung habe nichts damit zu tun.

Kreisrat Kaufmann bittet darum, die möglichen Lieferanten hierüber aufzuklären.

Kreisrat Hesky bittet ergänzend darum, dass der Landkreistag die anderen kommunalen Spitzenverbände darüber informiere, dass man über eine unbürokratische Lösung verfüge.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 8 Nein-Stimmen den auf Antrag der CDU-Fraktion ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, sich zunächst befristet bis zum Ende des Jahres 2010 am Schulfruchtprogramm zu beteiligen.

Dem Finanzierungsvorschlag wird zugestimmt. Die Weiterführung im Jahr 2011 ist abhängig von der Verfügbarkeit von Sponsoren und positiven Erfahrungen aus dem Versuch 2010. Von einem Einsatz von Haushaltsmitteln des Rems-Murr-Kreises soll möglichst abgesehen werden.

Mit Ausnahme von Bananen sollen regionale Erzeugnisse unter Berücksichtigung des saisonalen Bezugs angeboten werden.

Die Ziele des Schulfruchtprogramms sollen auch durch die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten unterstützt werden. Dazu sind geeignete Formen der Information und der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Elternhaus zu entwickeln.

Das Schulfruchtprojekt des Rems-Murr-Kreises hat sich auf die im EU-Programm genannten Zielgruppen zu beschränken.

Auszüge:

1 Dezernat 4

1 GB Finanzen





1 GB Landwirtschaft  
1 GB Kreisprüfung



**§ 3**

Spendenbericht

(Drucksache 13/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 13/2010.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Annahme der in der Anlage zu Drucksache 13/2010 aufgeführten Spenden und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen

## § 4

### Sachstandsbericht zum Krankenhausneubau in Winnenden

Geschäftsführer Winter erläutert den Sachstand des Krankenhausneubaus in Winnenden und die aktuelle Situation der Rems-Murr-Kliniken anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er berichtet insbesondere, dass der Bauzeitplan wegen der geänderten Gründungsmaßnahmen und des strengen Winters momentan vier Wochen im Verzug sei. Die Rückstände würden zur Zeit jedoch wieder aufgeholt. Im April werde die Haustechnik ausgeschrieben, die Küche und das Mitarbeiterrestaurant seien im Sommer vorgesehen.

Geschäftsführer Winter führt ergänzend zur Leistungsentwicklung der Rems-Murr-Kliniken aus, dass die DRG von 35.350 auf 37.200 gestiegen seien, wobei in Waiblingen aufgrund der Kardiologie eine starke und in Schorndorf eine leichte Zunahme zu verzeichnen gewesen sei. In Backnang habe ein Rückgang wegen der Frauenklinik und der Urologie hingenommen werden müssen. Der Case-Mix-Index habe um 0,035 auf 0,886 zugelegt.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss den Sachstandsbericht der Rems-Murr-Kliniken zur Kenntnis.

#### Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken  
1 Dezernat 2



**§ 5**

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Johannes Fuchs

Thomas Hasert